



Brüssel, den 8. April 2015
(OR. en)

7607/1/15
REV 1

PUBLIC 18
INF 53

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
NOVEMBER 2014

Dieses Dokument enthält eine Aufstellung der vom Rat im November 2014 angenommenen Rechtsakte.^{1 2}

Es enthält Informationen zur Annahme von Gesetzgebungsakten, insbesondere

- das Datum der Annahme,
- die entsprechende Tagung des Rates,
- die Nummer des angenommenen Dokuments,
- die Fundstelle im Amtsblatt,
- die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse und gegebenenfalls die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

² Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären der beiden Organe unterzeichnet wurden.

Ferner enthält es Informationen zur Annahme von Rechtsakten ohne Gesetzescharakter, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Dieses Dokument ist auch zugänglich über die Website des Rates unter

[Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates \(Rechtsakte\) - Consilium.](#)

Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente eingesehen werden unter [Dokumente und Veröffentlichungen - Consilium.](#)

Dieses Dokument dient ausschließlich zur Information – maßgebend sind nur die Protokolle des Rates. Diese sind zugänglich über die Website des Rates unter [Protokolle des Rates - Consilium.](#)

INFORMATIONEN ZU DEN VOM RAT IM NOVEMBER 2014 ANGENOMMENEN RECHTSAKTEN

Schriftliche Verfahren vom 4. November 2014

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER

RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Beschluss 2014/821/GASP des Rates vom 4. November 2014 über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine über die Rechtsstellung der Beratenden Mission der Europäischen Union für eine Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine (EUAM Ukraine) ABl. L 334 vom 21.11.2014, S. 1-2	13271/14
Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine über die Rechtsstellung der Beratenden Mission der Europäischen Union für eine Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine (EUAM Ukraine) ABl. L 334 vom 21.11.2014, S. 3-9	13272/14

3343. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT UND FINANZEN) vom 7. November 2014 in Brüssel

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER

RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Sonderbericht Nr. 11/2014: "Die Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes"	14685/14
Schlussfolgerungen des Rates zur Überprüfung des ESFS	14681/14
2014/795/EU: Durchführungsbeschluss des Rates vom 7. November 2014 zur Verlängerung der Anwendung des Durchführungsbeschlusses 2011/335/EU zur Ermächtigung der Republik Litauen, eine von Artikel 287 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Regelung anzuwenden ABl. L 330 vom 15.11.2014, S. 44-45	14420/14

2014/796/EU: Durchführungsbeschluss des Rates vom 7. November 2014 zur Ermächtigung der Republik Lettland, eine von Artikel 287 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Regelung anzuwenden ABl. L 330 vom 15.11.2014, S. 46-47	14421/14
2014/797/EU: Durchführungsbeschluss des Rates vom 7. November 2014 zur Ermächtigung der Republik Estland, eine von Artikel 26 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 168 und Artikel 168a der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Regelung anzuwenden ABl. L 330 vom 15.11.2014, S. 48-49	14521/14
2014/793/EU: Beschluss des Rates vom 7. November 2014 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Französischen Republik über die Anwendung der Rechtsvorschriften der Union über die Besteuerung von Zinserträgen und die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung auf die Gebietskörperschaft von Saint-Barthélemy ABl. L 330 vom 15.11.2014, S. 10-11	14530/14
Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft über ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend die Teilnahme der Schweizerischen Eidgenossenschaft am Programm Kreatives Europa	14175/14
2014/783/EU: Beschluss des Rates vom 7. November 2014 über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten (Gesundheitsprogramm) zu vertretenden Standpunkt ABl. L 328 vom 13.11.2014, S. 37-40	12733/14
2014/784/EU: Beschluss des Rates vom 7. November 2014 über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten (Haushaltlinien 02.03.01 und 12.02.01) zu vertretenden Standpunkt ABl. L 328 vom 13.11.2014, S. 41-44	12736/14

2014/785/EU: Beschluss des Rates vom 7. November 2014 über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten (Verbraucherschutz) zu vertretenden Standpunkt ABl. L 328 vom 13.11.2014, S. 45-48	12739/14
2014/786/EU: Beschluss des Rates vom 7. November 2014 über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten (Galileo) zu vertretenden Standpunkt ABl. L 328 vom 13.11.2014, S. 49-51	12744/14
2014/787/EU: Beschluss des Rates vom 7. November 2014 über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten (Satellitennavigation) zu vertretenden Standpunkt ABl. L 328 vom 13.11.2014, S. 52-55	12747/14
2014/788/EU: Beschluss des Rates vom 7. November 2014 zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten (Programm Copernicus) zu vertretenden Standpunkts ABl. L 328 vom 13.11.2014, S. 56-59	13492/14
Beschluss 2014/776/GASP des Rates vom 7. November 2014 zur Änderung des Beschlusses 2010/413/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Iran ABl. L 325 vom 8.11.2014, S. 19-23	14677/14
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1202/2014 des Rates vom 7. November 2014 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 267/2012 über restriktive Maßnahmen gegen Iran ABl. L 325 vom 8.11.2014, S. 3-6	14678/14
Beschluss 2014/775/GASP des Rates vom 7. November 2014 zur Verlängerung des Beschlusses 2014/73/GASP über eine militärische Operation der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR RCA) ABl. L 325 vom 8.11.2014, S. 17-18	14111/14

Verordnung (EU) Nr. 1201/2014 des Rates vom 7. November 2014 zur Anpassung des Beitragssatzes zum Versorgungssystem der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union mit Wirkung vom 1. Juli 2011, 1. Juli 2012 und 1. Juli 2013 ABl. L 325 vom 8.11.2014, S. 1-2	14260/14
Richtlinie 2014/102/EU des Rates vom 7. November 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 334 vom 21.11.2014, S. 86-87	14017/14
2014/832/EU: Beschluss des Rates vom 7. November 2014 über den im Namen der Europäischen Union im Verwaltungsausschuss der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen in Bezug auf den Entwurf einer neuen Regelung über Wasserstoff und Brennstoffzellenfahrzeuge zu vertretenden Standpunkt ABl. L 341 vom 27.11.2014, S. 15-15	14823/14
2014/831/EU: Beschluss des Rates vom 7. November 2014 zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union in den einschlägigen Ausschüssen der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen hinsichtlich der Vorschläge zur Änderung der UN-Regelungen Nr. 4, 6, 11, 13, 13H, 19, 25, 34, 37, 43, 44, 48, 53, 70, 96, 98, 104, 105, 106, 107, 112, 113, 121 und 128, hinsichtlich der neuen globalen technischen Regelung der UN für Reifen und hinsichtlich einer Änderung der gemeinsamen Entschließung Nr. 1 zu vertreten ist ABl. L 341 vom 27.11.2014, S. 11-14	14723/14
2014/854/EU: Beschluss des Rates vom 7. November 2014 über den im Namen der Europäischen Union im Verwaltungsausschuss der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen in Bezug auf den Entwurf der neuen Regelung über den Pfahl-Seitenaufprall und den dazugehörigen Entwurf eines Änderungsantrags zu vertretenden Standpunkt ABl. L 344 vom 29.11.2014, S. 20-21	14831/14

2014/794/EU: Beschluss des Rates vom 7. November 2014 über den im Namen der Europäischen Union im durch das Protokoll über kulturelle Zusammenarbeit zum Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits eingesetzten Ausschuss für kulturelle Zusammenarbeit hinsichtlich der Aufstellung einer Liste von 15 Schiedsrichtern zu vertretenden Standpunkt ABl. L 330 vom 15.11.2014, S. 40-43	14244/14		
Schlussfolgerungen des Rates zu den EU-Statistiken	13845/14		
Schlussfolgerungen des Rates zur Klimaschutzfinanzierung	13844/14		
Erklärung Deutschlands Die Bundesregierung erklärt in Bezug auf Absatz 2 (Fußnote) der Schlussfolgerungen des Rates (ECOFIN) zur Klimaschutzfinanzierung vom 7. November 2014: Für Deutschland umfasst dies Finanzierung aus dem Bundeshaushalt (2 Mrd. €) sowie Finanzierung der DEG und KfW, die Kapitalmarktmittel hebelt (1,5 Mrd. €).			
3344. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI) vom 10. November 2014 in Brüssel			
GESETZGEBUNGSAKTE			
RECHTSAKT	DOKUMENT	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGSE BNIS
Richtlinie 2014/104/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 1-19	80/14	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer DE, PL, SI: Enthaltung

Erklärung der polnischen, der slowenischen und der deutschen Delegation

Durch die Richtlinie über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen sollten unter anderem die Unterschiede zwischen den Vorschriften, die in den Mitgliedstaaten für Schadensersatzklagen im Rahmen des Wettbewerbsrechts gelten, auf ein Minimum reduziert werden; ferner sollte sichergestellt werden, dass Opfer von Zuwiderhandlungen gegen das EU-Wettbewerbsrecht für den erlittenen Schaden in voller Höhe entschädigt werden. Unsere Delegationen unterstützen dies in vollem Umfang.

Diese Ziele werden durch den endgültigen Kompromisstext nicht annähernd erreicht. Der zivilrechtliche Grundsatz der gesamtschuldnerischen Haftung, zu dem bereits in der vom Rat im Dezember 2013 angenommenen allgemeinen Ausrichtung umstrittene Ausnahmeregelungen vorgesehen wurden, wurde durch die Aufnahme des neuen Absatzes 2 in Artikel 11 noch weiter eingeschränkt. Für die geschädigte Partei – bei der es sich häufig um kleine und mittlere Unternehmen handeln dürfte – wird hierdurch die Möglichkeit eingeschränkt, in voller Höhe Schadensersatz zu erlangen. Ferner wird es aufgrund der unterschiedlichen Begriffsbestimmungen für kleine und mittlere Unternehmen in den einzelnen Mitgliedstaaten zu Rechtsunsicherheit und Ungleichbehandlungen kommen.

Die polnische, die slowenische und die deutsche Delegation sind der Auffassung, dass dieser Kompromiss nicht unterstützungswürdig ist, und werden sich dem Text in seiner jetzigen Fassung nicht anschließen.

RECHTSAKT	DOKUMENT	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGSE BNIS
Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 352 vom 9.12.2014, S. 1-23	91/14	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER			
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN		
Verordnung (EU) Nr. 1221/2014 des Rates vom 10. November 2014 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in der Ostsee für das Jahr 2015 und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 43/2014 und (EU) Nr. 1180/2013 ABl. L 330 vom 15.11.2014, S. 16-26	14539/14		

Erklärung des Rates zu zusätzlichen Schutzmaßnahmen für Dorsch in den Untergebieten 25-32

Der Rat ist der festen Überzeugung, dass Bewirtschaftungsmaßnahmen eingeführt werden sollten, sobald dies rechtlich möglich ist, um die Bewirtschaftung und den Schutz gefährdeter Fischbestände in der Ostsee weiterzuentwickeln. Insbesondere müssen zusätzliche technische Maßnahmen umgesetzt werden, um gegen das Ungleichgewicht beim Dorschbestand in der östlichen Ostsee anzugehen. Die Anpassung der Schonzeiten zum Schutz des Laicherbestands sowie Veränderungen der Merkmale der Fanggeräte, wie die Einführung von Gittern für die Schleppnetzfischerei und die Anpassung der Maschengrößen, sollten in Betracht gezogen und – wenn sie als wirksam erachtet werden – eingeführt werden.

Um dem dringendsten Bedarf gerecht zu werden und weitere Daten über Dorsch zu gewinnen, sollte für die Fischereien in der Ostsee vorgeschrieben werden, dass während des Jahres 2015 jeder einzelne Hol im Logbuch aufgezeichnet wird. Zudem müssen die Auswirkungen von Umweltfaktoren auf die Dorschbestände weiter überprüft und in Betracht gezogen werden. Schließlich fordert der Rat den ICES nachdrücklich auf, so rasch wie möglich Maßnahmen zu ergreifen, um bei der Frage der Altersbestimmung von Dorsch weiter voranzukommen und den Weg für eine analytische Bestandsabschätzung zu ebnen.

Erklärungen Dänemarks, Deutschlands, Finnlands, Litauens, Polens, Lettlands, Estlands und Schwedens

– zur Erreichung des MSY für Dorsch in den Untergebieten 22-24 bis 2016

Die betroffenen Mitgliedstaaten sind übereinstimmend der Ansicht, dass der höchstmögliche Dauerertrag (MSY) für den Dorschbestand in der westlichen Ostsee bis 2016 dadurch erreicht wird, dass bei der Festlegung der TAC für Dorsch im Jahr 2015 ein schrittweiser Ansatz zur Erreichung des MSY-Niveaus angewandt wird. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, das MSY-Ziel, das dem derzeitigen Fmsy-Wert von 0,26 entspricht, im Jahr 2016 zu erreichen.

Um die Biomasse des Laicherbestands im Untergebiet 22 zu schützen, werden die betroffenen Mitgliedstaaten weitere Überlegungen über die Notwendigkeit von Änderungen der Schonzeiten anstellen und – falls sie dies für zweckmäßig erachten – diese Änderungen und sonstige Maßnahmen im Rahmen des neuen Bewirtschaftungsplans umsetzen.

- zu einem Ersuchen um ein wissenschaftliches Gutachten zu schwachen Lachsbeständen (Lachs in den Untergebieten 22-31)

Dänemark, Deutschland, Finnland, Litauen, Polen, Lettland, Estland und Schweden fordern die Kommission auf, zu prüfen, ob sie den ICES um ein wissenschaftliches Gutachten zu folgenden Fragen ersuchen sollte:

- Welche Auswirkungen hätte eine Änderung der Fangzeiten für die Lachsfischerei mit Langleinen auf die Erholung schwacher Lachsbestände und auf den Fang von untermäßigem Lachs? Mit welchen Änderungen der Fangzeiten wäre eine Erholung am besten zu erreichen?
- Welche Folgen hätte eine Verringerung der Referenzmindestgröße für Lachs in Meeresgewässern für die Bestandserhaltung für Lachs auf 50 cm für die Erholung schwacher Lachsbestände und für den Fang von untermäßigem Lachs?

- Welche Auswirkungen hätte eine Erhöhung des Mindestabstands zwischen der Spitze und dem Schaft der Haken (von 19 mm gemäß den Anforderungen der IBSFC zu wesentlich größeren Haken) auf treibenden und verankerten Leinen auf die Erholung schwacher Lachsbestände und auf den Fang von untermaäßigem Lachs?
- Welche sind die dringendsten gezielten Bewirtschaftungsmaßnahmen in Meeres- und Binnengewässern (Wiederherstellung von Lebensräumen, Bau von Fischleitern/Beseitigung der Migrationsgrenzen, Fischereivorschriften und andere), die der ICES für die Erholung schwacher Lachsbestände empfiehlt?
- Wie groß ist das geschätzte Ausmaß der zunehmenden Schleppangelfischerei auf Lachs und welche Auswirkungen hat sie auf die Erholung schwacher Lachsbestände und auf den Fang von untermaäßigem Lachs?
- Wäre es vorteilhaft, für die Lachsfischerei in verschiedenen Gebieten unterschiedliche Fangrechte/Bewirtschaftungstechniken vorzusehen, z.B. nationale Verwaltung für die Lachsfischerei in den Küsten- und in den Binnengewässern (auf der Grundlage des MSY in den lokalen Flüssen) und eine Offshore-TAC, oder eine TAC für die nördliche Ostsee und eine für die südliche Ostsee?

Erklärung der Kommission zur verstärkten Ansparung von Quoten für bestimmte, am stärksten vom russischen Einfuhrverbot betroffene Bestände

Die Kommission nimmt den Wunsch des Rates zur Kenntnis, dass für bestimmte Bestände und für bestimmte Mitgliedstaaten, die am stärksten vom russischen Einfuhrverbot betroffen sind, die Möglichkeit bestehen sollte, auf der Grundlage wissenschaftlicher Gutachten Quoten verstärkt anzusparen. Auch wenn diese verstärkte Ansparung angesichts der in den geltenden Rechtsvorschriften (Artikel 4 der Verordnung Nr. 847/96) vorgesehenen Frist rechtliche Bedenken aufwirft, wird die Kommission im vorliegenden Ausnahmefall angesichts der schwerwiegenden Folgen des russischen Einfuhrverbots und aufgrund der strikten zeitlichen Beschränkung der Maßnahme, die nur für die Ansparung von Quoten gilt (ohne die Möglichkeit der Erhöhung der Obergrenze für die Beleihung von Quoten) sowie aufgrund des befürwortenden wissenschaftlichen Gutachtens der Annahme dieses Kompromisses nicht im Wege stehen.

Dies berührt nicht die von der Kommission vorgenommene Auslegung des Geltungsbereichs von Artikel 43 Absatz 3 AEUV, hinsichtlich derer der Gerichtshof in den noch anhängigen Rechtssachen C-103 und 165/12 sowie C-124 und 125/13 Gelegenheit zur Klarstellung haben wird.

2014/826/EU: Beschluss des Rates vom 10. November 2014 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union auf der 94. Tagung des Schiffssicherheitsausschusses der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation bezüglich der Annahme der Änderungen des Codes für das erweiterte Prüfungsprogramm von 2011 zu vertreten ist ABl. L 335 vom 22.11.2014, S. 17-18	14555/14
Beschluss (EU) 2015/209 des Rates vom 10. November 2014 über die Unterzeichnung — im Namen der Europäischen Union — und über die vorläufige Anwendung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Färöern zur Assoziierung der Färöer mit dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation "Horizont 2020" (2014-2020) ABl. L 35 vom 11.2.2015, S. 1-2	14013/14
Erklärung der Kommission Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass eine einstimmige Einigung über Artikel 2 des Vorschlags für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Abkommens erreicht wurde. Die Kommission erinnert an ihren Standpunkt, wonach die Unterzeichnung eines internationalen Abkommens einen Akt der Vertretung der Union nach außen darstellt, mit der die Kommission gemäß Artikel 17 Absatz 1 EUV betraut ist. Die Kommission erinnert ferner daran, dass der Rat gemäß Artikel 218 AEUV über internationale Übereinkünfte im Rahmen der Forschungspolitik der EU mit qualifizierter Mehrheit beschließt.	
Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Färöern zur Assoziierung der Färöer mit dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation "Horizont 2020" (2014-2020) ABl. L 35 vom 11.2.2015, S. 3-15	14014/14
2014/877/EU: Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 13 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2014/007 IE/Andersen Ireland, Irland) ABl. L 350 vom 6.12.2014, S. 9-10	14446/14

2014/879/EU: Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 13 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2014/009 EL/Sprider Stores, Griechenland) ABl. L 350 vom 6.12.2014, S. 13-14	14552/14
Abkommen über operative und strategische Kooperation zwischen der Republik Moldau und dem Europäischen Polizeiamt (Europol)	14129/14
2014/789/EU: Beschluss des Rates vom 10. November 2014 über den Abschluss, im Namen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, des Zusatzprotokolls zum Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits anlässlich des Beitritts Kroatiens zur Europäischen Union ABl. L 329 vom 14.11.2014, S. 1-2	6035/14 6037/14
Beschluss des Rates zur Festlegung der Beiträge der Mitgliedstaaten zur Finanzierung des Europäischen Entwicklungsfonds, einschließlich der Obergrenze für 2016, des Betrags für 2015 und der ersten Tranche 2015	14563/14
2014/790/EU: Beschluss des Rates vom 10. November 2014 über den im Namen der Europäischen Union im Gemischten Ausschuss, der mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit eingesetzt wurde, zur Änderung des Anhangs II des Abkommens über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit zu vertretenden Standpunkt ABl. L 329 vom 14.11.2014, S. 29-34	13888/14

3346. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN) vom 17./18. November 2014 in Brüssel**RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER**

RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Beschluss (EU, Euratom) 2015/54 des Rates und der Kommission vom 17. November 2014 über den im Namen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft in dem mit dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits eingesetzten Assoziationsrat im Hinblick auf die Annahme von Beschlüssen des Assoziationsrates betreffend die Geschäftsordnungen des Assoziationsrates und des Assoziationsausschusses und der Unterausschüsse, die Einsetzung von zwei Unterausschüssen und die Übertragung bestimmter Befugnisse des Assoziationsrates auf den Assoziationsausschuss in der Zusammensetzung "Handel" zu vertretenden Standpunkt ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 31-45	14598/14
Beschluss (EU, Euratom) 2015/55 des Rates und der Kommission vom 17. November 2014 zur Festlegung des von der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft in dem mit dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits eingesetzten Assoziationsrat im Hinblick auf die Annahme der Beschlüsse des Assoziationsrats über die Geschäftsordnungen des Assoziationsrates, des Assoziationsausschusses und der Unterausschüsse sowie die Einsetzung zweier Unterausschüsse und die Übertragung bestimmter Befugnisse des Assoziationsrates auf den Assoziationsausschuss in der Zusammensetzung "Handel" zu vertretenden Standpunkts ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 46-60	14599/14
Beschluss 2014/801/GASP des Rates vom 17. November 2014 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 331 vom 18.11.2014, S. 26-27	14880/14

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1225/2014 des Rates vom 17. November 2014 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 331 vom 18.11.2014, S. 1-2	14881/14
Beschluss 2014/800/GASP des Rates vom 17. November 2014 über die Einleitung der Beratenden Mission der Europäischen Union für eine Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine (EUAM Ukraine) und zur Änderung des Beschlusses 2014/486/GASP ABl. L 331 vom 18.11.2014, S. 24-25	14631/14
Schlussfolgerungen des Rates zu Georgien - Aktionsplan zur Visaliberalisierung	15507/14
Schlussfolgerungen des Rates zur GSVP	15347/14
Schlussfolgerungen des Rates zur Ukraine	15645/14
Schlussfolgerungen des Rates zum Nahost-Friedensprozess (MEPP)	15542/14
3347. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 18./19. November 2014 in Brüssel	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Schlussfolgerungen des Rates zur Mitgliedschaft der EU in der Gruppe der wichtigsten Geber der Außerordentlichen Kammern in den Gerichten Kambodschas	15194/14
Beschluss des Rates über die Ermächtigung der Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen im Hinblick auf eine schrittweise Liberalisierung des bilateralen Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Rahmen von Artikel 19 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum mit Norwegen	12674/14
Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Libanesischen Republik andererseits anlässlich des Beitritts der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union	13360/14

Protokoll zum Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Libanesischen Republik andererseits anlässlich des Beitritts der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union	13376/14
Beschluss des Rates über den Abschluss des Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Libanesischen Republik andererseits anlässlich des Beitritts der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union	13395/14
Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 7/2014 des Europäischen Rechnungshofs: "War der EFRE bei der Unterstützung der Entwicklung von Gründerzentren erfolgreich?"	14820/14
Schlussfolgerungen des Rates zum sechsten Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Investitionen in Beschäftigung und Wachstum	15802/14
3348. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN/HANDEL) vom 21. November 2014 in Brüssel	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Schlussfolgerungen des Rates zur Überprüfung der Ausfuhrkontrollpolitik	14690/14
Beschluss 2014/827/GASP des Rates vom 21. November 2014 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/851/GASP über die Militäroperation der Europäischen Union als Beitrag zur Abschreckung, Verhütung und Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen vor der Küste Somalias ABl. L 335 vom 22.11.2014, S. 19-21	6514/14
Schlussfolgerungen des Rates zu den TTIP-Verhandlungen EU-USA	15555/14
Schlussfolgerungen des Rates zum Thema Handel	15557/1/14 REV 1

Schriftliches Verfahren vom 25. November 2014	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Beschluss 2014/829/GASP des Rates vom 25. November 2014 zur Änderung des Beschlusses 2010/413/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Iran ABl. L 338 vom 25.11.2014, S. 1-3	15963/14
3349. Tagung des Rates der Europäischen Union (BILDUNG, JUGEND, KULTUR UND SPORT) vom 25. November 2014 in Brüssel	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
2014/878/EU: Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 13 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2014/008 FI/STX Rauma, Finnland) ABl. L 350 vom 6.12.2014, S. 11-12	15032/14
2014/876/EU: Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 13 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2014/005 FR/GAD, Frankreich) ABl. L 350 vom 6.12.2014, S. 7-8	15081/14
Schlussfolgerungen des Rates zur europäischen audiovisuellen Politik im digitalen Zeitalter ABl. C 433 vom 3.12.2014, S. 2-5	15317/1/14 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zum Arbeitsplan für Kultur (2015-2018) ABl. C 463 vom 23.12.2014, S. 4-14	16094/14
Schlussfolgerungen des Rates zur partizipativen Steuerung des kulturellen Erbes ABl. C 463 vom 23.12.2014, S. 1-3	15320/14
Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten zum Sport als Triebfeder für Innovation und Wirtschaftswachstum ABl. C 436 vom 5.12.2014, S. 2-5	14954/14
3350. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION UND ENERGIE) vom 27. November 2014 in Brüssel	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
2014/837/EU: Beschluss des Rates vom 27. November 2014 zur Bestimmung der unmittelbaren finanziellen Folgen der Beendigung der Beteiligung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland an bestimmten Rechtsakten der Union im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, die vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon angenommen wurden ABl. L 343 vom 28.11.2014, S. 17-18	15305/14
2014/836/EU: Beschluss des Rates vom 27. November 2014 zur Bestimmung von Folge- und Übergangsmaßnahmen in Bezug auf die Beendigung der Beteiligung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland an bestimmten Rechtsakten der Union im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, die vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon angenommen wurden ABl. L 343 vom 28.11.2014, S. 11-16	15308/14
2014/835/EU: Beschluss des Rates vom 27. November 2014 über den Abschluss des Übereinkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über das Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Island und Norwegen ABl. L 343 vom 28.11.2014, S. 1-2	5307/10

Erklärung Deutschlands

Deutschland stimmt dem Beschluss über den Abschluss des Übereinkommens nicht zu.

Gemäß Artikel 38 des Übereinkommens notifizieren die Vertragsparteien einander den Abschluss der Verfahren, die erforderlich sind, um ihre Zustimmung dazu auszudrücken, dass sie durch dieses Übereinkommen gebunden sind. Bei der Notifizierung nehmen die Vertragsparteien die Mitteilungen vor oder geben die Erklärungen ab, die in verschiedenen Artikeln des Übereinkommens vorgesehen sind. Einige dieser Erklärungen können nach diesem Zeitpunkt nicht mehr abgegeben werden.

Der Beschluss des Rates zielt darauf ab, einer bestellten Person die rechtliche Befugnis zu erteilen, die Notifizierung vorzunehmen. Fristen für die Notifizierung sind aber weder in dem Übereinkommen selbst noch in anderen Rechtsvorschriften der Europäischen Union vorgesehen.

Deutschland hat wie drei weitere Mitgliedstaaten seine internen Verfahren noch nicht abgeschlossen und ist daher noch nicht in der Lage zu entscheiden, welche Mitteilungen erforderlich sind, um eine effektive Anwendung des Übereinkommens zu gewährleisten.

Schlussfolgerungen des Rates zur Internet-Governance

16200/14

Schriftliche Verfahren vom 28. November 2014

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER

RECHTSAKT

DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN

Beschluss 2014/855/GASP des Rates vom 28. November 2014 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen
ABl. L 344 vom 29.11.2014, S. 22-26

16049/14
+ ADD 1 DCL 1

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1270/2014 des Rates vom 28. November 2014 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen
ABl. L 344 vom 29.11.2014, S. 5-9

16051/14
+ ADD 1 DCL 1